

Nr. 15/620

Neubürgeragentur jetzt auf den Weg bringen!

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 18. Mai 2001
(Drucksache 15/725)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, unter Einbeziehung des Bremerhavener Magistrats schnellstmöglich ein umfassendes Konzept zur Gründung von „Neubürgeragenturen“ in Bremen und Bremerhaven zu erarbeiten und umzusetzen. Ziel der Einrichtungen soll es sein, Maßnahmen zur Gewinnung neuer Einwohnerinnen und Einwohner für Bremen und Bremerhaven und zur Bindung bereits hier wohnender Bürgerinnen und Bürger zu initiieren sowie bereits bestehende Aktivitäten zu bündeln. Dazu soll einerseits ein differenziertes und an spezifischen Zielgruppen (z. B. junge Familien, arbeitsplatzsuchende Singles, Senioren, Arbeitnehmer aus dem Ausland oder Studentinnen und Studenten) orientiertes Beratungsprogramm und andererseits ein Angebot konkreter Dienstleistungen vorgehalten werden (z. B. Unterstützung bei der Erledigung von An- und Ummeldeformalitäten etc.)
2. Darüber hinaus sollen auch Aktivitäten zur überregionalen Werbung, Imagepflege und Profilierung des Landes Bremen und seiner beiden Städte eingeleitet, unterstützt und zusammengefasst werden. Möglichkeiten „Neuer Medien“ sollen dabei im Zusammenwirken mit bereits bestehenden themenähnlichen Angeboten insbesondere zur Ansprache, Information und zur Erledigung notwendiger Formalitäten offensiv genutzt werden. Diese gebündelten, auf die spezifischen Informationsbedürfnisse potentieller Neubürger zugeschnittenen Angebote sind allen Interessenten bereits vor ihrem Zuzug in geeigneter Form zugänglich zu machen.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, durch Konzipierung der Einrichtung als „public-private-partnership“ von Beginn an die Mitwirkung möglichst vieler bremischer Institutionen und Unternehmen sicherzustellen. Dabei sind die spezifischen Kenntnisse und Möglichkeiten von Wirtschaftsunternehmen, Verbände, Kammern und mitzuständige öffentliche Einrichtungen umfassend zu ermitteln und so weit wie möglich in Arbeit und Organisation einzubinden, um so eine größtmögliche Effizienz und Reichweite zu erzielen.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, über Konzept und Realisierung bis zum 30. September 2001 zu berichten.

Nr. 15/621

Funktionsfähigkeit der Staats- und Universitätsbibliothek sichern!

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 5. Juni 2001
(Drucksache 15/739)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Wissenschaft.

Nr. 15/622

Aktionsprogramm Flussgebiet Weser 2000 bis 2010

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 6. Februar 2001
(Drucksache 15/617)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 29. Mai 2001

(Drucksache 15/737)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 15/623

Vereinbarungen des „Aktionsprogramms Weser“ umsetzen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 19. Juni 2001
(Drucksache 15/755)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 15/624

Ausbau und Profilbildung der Fachhochschulen im Lande Bremen

Mitteilung des Senats vom 6. März 2001
(Drucksache 15/651)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 15/625

Lehrplanarbeit intensivieren – Unterricht modernisieren

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 19. März 2001
(Drucksache 15/666)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 15. Mai 2001

(Drucksache 15/720)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 15/626

Verbot der Diskriminierung wegen sexueller Orientierung in die Landesverfassung (Gesetz zur Änderung der Landesverfassung)

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 21. Dezember 2000
(Drucksache 15/581)
2. Lesung

Der Antrag ist durch die Drucksache 15/723 erledigt.

Nr. 15/627

Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen

Bericht und Antrag des nichtständigen Ausschusses
gemäß Artikel 125 der Landesverfassung
vom 16. Mai 2001
(Drucksache 15/723)
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des nichtständigen Ausschusses gemäß Artikel 125 der Landesverfassung Kenntnis.

Nr. 15/628

Eintragung von Lebenspartnerschaften im Standesamt vornehmen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 26. März 2001
(Drucksache 15/677)

Der Antrag ist durch die Drucksache 15/735 erledigt.

Nr. 15/629

Bremisches Gesetz zur Regelung der Zuständigkeit und des Verfahrens nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz (BremLPartVerfG)

Mitteilung des Senats vom 29. Mai 2001
(Drucksache 15/735)
1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 15/630

Beteiligung Bremens an der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den Marktzugang für Hafendienste

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 21. Mai 2001
(Drucksache 15/727)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen auf, unter Mitwirkung der Deputation für Wirtschaft und Häfen der Bürgerschaft bis zum 30. September 2001 eine bewertende Stellungnahme für den von der Kommission vorgelegten Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den Marktzugang für Hafendienste vorzulegen. Hierfür sind insbesondere Stellungnahmen aller durch diese Richtlinie Betroffenen einzuholen.
2. Der Senat wird aufgefordert, sich an dem Willensbildungsprozess für die vorgenannte Richtlinie zu beteiligen und die bremischen Interessen nachhaltig zu vertreten.

Nr. 15/631

Schnelle Zugverbindungen in Nordwestdeutschland erhalten und ausbauen

Mitteilung des Senats vom 20. März 2001
(Drucksache 15/668)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 15/632

Städtemarketing auch durch Beschilderung fördern

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 20. März 2001
(Drucksache 15/672)

Der Senat wird aufgefordert, nach dem Vorbild anderer Bundesländer durch die Beschilderung an den Autobahnen im Lande Bremen für die Städte (z. B. durch Aufgreifen der Kampagne „Bremen und Bremerhaven – zwei Städte, ein Land“) zu werben.

Nr. 15/633

Städtemarketing nur durch Beschilderung fördern

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 12. Juni 2001
(Drucksache 15/753)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 15/634

Landesenergieprogramm – Zweite Fortschreibung (2001)

Mitteilung des Senats vom 20. März 2001
(Drucksache 15/673)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 15/635

Bremen muss seine Rolle im Klimaschutz wahrnehmen

Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen
vom 19. Juni 2001
(Drucksache 15/761)

Bisher konnten die im Landesenergieprogramm gesteckten Ziele zur Reduzierung der Emissionen von CO₂, die maßgeblich für die Erderwärmung durch den so genannten Treibhauseffekt verantwortlich sind, nicht erreicht werden. Weitere Anstrengungen zur Energieeinsparung sind erforderlich. Auch die öffentliche Hand muss ihren Beitrag leisten. Der Bereich der öffentlichen Liegenschaften im Lande Bremen ist bisher nur unzureichend in die Anstrengungen zur Energieeinsparung einbezogen.

Energiesparmaßnahmen in öffentlichen Gebäuden bewirken nicht nur eine Entlastung der Umwelt, sondern lohnen sich auch finanziell. Gerade angesichts steigender Energiekosten ist Energiesparen ein wesentlicher Beitrag zur Haushaltsentlastung.

Die Bürgerschaft (Landtag) hält es vor diesem Hintergrund für notwendig,

- die bauliche Sanierung bei öffentlichen Gebäuden immer auch mit einer Verbesserung der Energiebilanz der Gebäude zu verbinden,
- Anreizsysteme im Liegenschaftswesen (etwa analog zum 3/4-Projekt an Bremer Schulen) zu verankern, um das Energieinteresse der Eigentümer, Verwalter und Nutzer der Gebäude an Energiesparmaßnahmen zu stärken,
- Wärmeschutzmaßnahmen im privaten Wohnungsbau weiter zu fördern.

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, bis zum Dezember 2001 Konkretisierungen vorzulegen, in denen dargelegt wird,

1. wie die Ziele des Bremischen Energiegesetzes und die vereinbarte CO₂-Reduzierung zu erreichen sind,
2. wie Energiesparmaßnahmen in der Industrie erschlossen werden können,
3. wo und wie im kommunalen Energiemanagement des Liegenschaftswesens
 - Potentiale zur Einsparung von Energie, zur Minderung von CO₂-Emissionen und zur Senkung der Energiekosten im öffentlichen Gebäudebestand vorhanden sind, wie diese unter Beachtung von wirtschaftlichen Gesichtspunkten erschlossen werden können und welche Möglichkeiten zur Nutzung regenerativer Energiequellen gesehen werden,
 - energietechnische Standards im Rahmen des geplanten Gebäudesanierungsprogramms verwirklicht werden können, insbesondere in den Bereichen baulicher Wärmeschutz, Wärmeversorgung und Elektrizitätsanwendung,
 - Möglichkeiten zur Finanzierung investiver Maßnahmen zur Energieeinsparung gesehen werden,
 - im künftigen Liegenschaftswesen unter den Bedingungen eines Vermieter-Mieter-Modells sichergestellt wird, dass die Sanierung von Gebäuden mit Maßnahmen zur energetischen Optimierung verbunden werden und der Ertrag von energiesparenden Investitionen dem Investor zufließt,
 - ein Anreizsystem zur Energieeinsparung in der laufenden Bewirtschaftung der Gebäude eingeführt werden soll, in welcher Weise in diesem Zusammenhang das 3/4-Projekt an Bremer Schulen fortgesetzt werden soll und ob eine Ausdehnung des Projektes auf andere Bereiche des öffentlichen Liegenschaftswesens geplant ist.

Nr. 15/636

Bericht zur Entscheidung für einen Tiefwasserhafen in Wilhelmshaven

Mitteilung des Senats vom 3. April 2001
(Drucksache 15/683)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 15/637

Für eine Wende in der Hafenpolitik – Ressourcen sparen statt verschwenden!

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 19. Juni 2001
(Drucksache 15/757)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 15/638

Bremisches Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen (Bremisches Immissionsschutzgesetz – BremImSchG)

Mitteilung des Senats vom 24. April 2001
(Drucksache 15/691)

1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 15/639

Gesetz zur Ausführung des Unterhaltsvorschussgesetzes

Mitteilung des Senats vom 15. Mai 2001
(Drucksache 15/718)

1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 15/640

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 28 vom 22. Mai 2001

(Drucksache 15/726)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 15/641

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 29 vom 12. Juni 2001

(Drucksache 15/743)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 15/642

Gesetz zur Änderung des Kirchensteuergesetzes

Mitteilung des Senats vom 29. Mai 2001
(Drucksache 15/734)

1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 15/643

Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes für Eigenbetriebe des Landes und der Stadtgemeinden

Mitteilung des Senats vom 29. Mai 2001
(Drucksache 15/736)

1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 15/644

Gesetz zur Änderung des Vergnügungssteuergesetzes zur Umstellung von DM auf Euro

Mitteilung des Senats vom 19. Juni 2001
(Drucksache 15/759)

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung und überweist den Gesetzesantrag zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss.

Nr. 15/645

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Serviceleistungen für Ältere
Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 23. März 2001
(Drucksache 15/676)
2. Veränderungen in der gymnasialen Oberstufe
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 2. April 2001
(Drucksache 15/682)
D a z u
Mitteilung des Senats vom 15. Mai 2001
(Drucksache 15/721)
3. Weiterentwicklung der gymnasialen Oberstufe
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 20. Juni 2001
(Drucksache 15/762)
4. Förderung der Bio- und Gentechnologie in Bremen und Bremerhaven
Mitteilung des Senats vom 3. April 2001
(Drucksache 15/684)
5. Wettbewerb um die Köpfe – Internationales Marketing für den Bildungs- und Forschungsstandort Bremen
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 6. April 2001
(Drucksache 15/686)
D a z u
Mitteilung des Senats vom 15. Mai 2001
(Drucksache 15/722)
6. Konsequente Abschiebung von straffälligen Asylbewerbern!
Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU)
vom 12. April 2001
(Drucksache 15/687)
7. Gesetz über das Halten von Hunden und zur Änderung von anderen Vorschriften
Mitteilung des Senats vom 8. Mai 2001
(Drucksache 15/703)
1. Lesung
8. Verwendung von TBT-Schiffsbodenanstrichen frühzeitiger verbieten
Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 28. Mai 2001
(Drucksache 15/732)
9. Schneller TBT-Ausstieg – auch in Bremen
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 12. Juni 2001
(Drucksache 15/747)
10. Bremen braucht ein Landesvergabegesetz
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 5. Juni 2001
(Drucksache 15/740)

11. Nachhaltige Fischereiwirtschaft
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 5. Juni 2001
(Drucksache 15/741)

12. Gentechnik in der Medizin – Verantwortung für die Zukunft
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 5. Juni 2001
(Drucksache 15/742)